

Darstellung
und Wirklichkeit

Politik in der Populismus-Falle

Gerd Roellecke

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“, sagt die Demokratie. Da jeder Bürger denkt, er sei das Volk, wählt er nur Politiker, die sagen, was er meint. Sagt oder tut der Politiker aber, was der Bürger will, wird ihm „Populismus“ vorgeworfen, also – wie der Universal-Duden definiert – „eine von Opportunismus geprägte, volksnahe, oft demagogische Politik mit dem Ziel, durch Dramatisierung der Lage die Gunst der Massen (im Hinblick auf Wahlen) zu gewinnen“. Populismus ist also etwas Negatives. Der Opportunist passt sich um seines eigenen Vorteils willen fremden Meinungen an, ist unehrlich, und der Demagoge, der Volksverhetzer, nutzt die Unbildung der Massen aus. Aber wenn das Volk souverän ist, warum lässt es sich verhetzen? Muss man nicht fragen: Wenn das Werben um die Zustimmung des Volkes legitim, weil demokratisch ist, ist dann einem Politiker, der genau dieses tut, „Populismus“ vorzuwerfen?

Heute scheint das Volk selbst populistisch geworden zu sein. Im September 2002 hat es mehrheitlich Parteien gewählt, die bereits vier Jahre zuvor mit unerfüllbaren und sachwidrigen Wahlversprechen geworben hatten. Im November/Dezember 2002 empört sich das Volk darüber, dass die Regierung, die unangenehme Wahrheiten, die sich jeder hätte ausrechnen können, nicht länger verheimlichen kann. Dabei muss man nicht studiert haben, um zu sehen, dass der Arbeitsmarkt von Monopolen beherrscht wird, die wie üblich überzogene Mono-

polpreise vereinbaren, dass eine arbeitende Generation auch bei hoher Produktivität nicht eine gleich große oder größere Rentnergeneration mit hohem Lebensstandard versorgen kann und dass sich Ärzte und Patienten daran gewöhnt haben, sich zu Lasten Dritter – der Versicherungen – zu einigen.

Da das Fiasko absehbar und Abhilfe nicht zu erkennen ist, ziehen Intellektuelle und Politiker ihre Moralkeulen und dreschen aufeinander und auf den deutschen Bürger ein, weil der nach „Sicherheit statt Freiheit“ verlange. Besonders die Politiker sollen allen Schwindeleien abschwören und endlich nichts als die Wahrheit sagen, statt den Leuten nach dem Munde zu reden. Deshalb will die Opposition in einem Untersuchungsausschuss prüfen lassen, ob Mitglieder der Bundesregierung den Bürgern während des Wahlkampfes 2002 wider besseres Wissen die Unwahrheit gesagt haben. Der Untersuchungsausschuss ist keine schlechte Idee. „Freiheit statt Sicherheit“ wird er zwar nicht bewirken, aber er könnte größere Klarheit darüber schaffen, dass man sich auf beides nicht verlassen kann.

Die moralische Drescherei vergrößert freilich die grassierende Unsicherheit. Der Vorwurf des „Wahlbetruges“ drängt den Wähler in eine Schiedsrichterrolle, die er nicht ausfüllen, aber auch nicht zurückweisen kann. Was bleibt dem Bürger anderes übrig, als das Beste aus seiner unsicheren Lage zu machen? Deshalb verhält er sich nicht unmoralisch, sondern

völlig rational, wenn er versucht, für sich ein möglichst großes Stück der öffentlichen Ausgaben zu ergattern, weil er beobachtet, wie sich immer mehr Stimmvieh auf der Weide des Sozialstaates drängt und dort immer weniger Gras wächst. Das Verhaltensmuster ist bekannt und weitgehend erforscht. Man nennt es *Allmende* und weiß, dass bei Überweidung der Gemeindewiesen „Freiheit“ den Zusammenbruch der Nutzung nicht verhindert, sondern beschleunigt. Das jüngste Beispiel ist die Kabeljau-Fangquote in der Nordsee. Der Kabeljau-Fang neigt sich in jedem Fall seinem Ende zu. Die Fischer können nur noch wählen, ob sie Insolvenz anmelden wollen, weil sie wegen eines Fangverbotes nicht mehr fischen dürfen oder wegen Erschöpfung der Bestände nicht mehr fischen können. Auch bei der Wahl zwischen hoheitlichem Verbot und Bestandserschöpfung kann man freilich noch mehr oder weniger verlieren. Nur weiß man nichts Genaues. Man befindet sich in dem gleichfalls gut erforschten Dilemma eines Untersuchungsgefangenen, der sich auf seine Gerichtsverhandlung vorbereiten muss und nicht weiß, ob ihn sein Spießgeselle verpfeifen wird oder nicht. Eigentlich wäre das die Stunde der Politik.

Politik und Macht

Politik hat gesamtgesellschaftlich gesehen die Aufgabe, für kollektiv bindende Entscheidungen zu sorgen. Die Menschen sind jedoch einander zu gleich, und sie sind zu individuell, als dass man erwarten könnte, alle fügten sich ohne Widerstand und aus freien Stücken kollektiv bindenden Entscheidungen. Deshalb kann die Politik ihre gesamtgesellschaftliche Aufgabe nur erfüllen, wenn sie ihre Entscheidungen durchsetzen kann. Dafür benötigt sie Macht. Macht kann man beschreiben als die Möglichkeit, die Entscheidungen eines anderen von den eigenen Entscheidungen abhän-

gig zu machen, also die Prämissen für fremde Entscheidungen zu setzen. Aus der Sicht des Machtunterworfenen ist Macht vorweggenommener Gehorsam, die Bereitschaft, künftige, noch unbekanntere Entscheidungen des Machthabers zur Grundlage von eigenen Entscheidungen zu machen. Deshalb kann Macht auch abgelehnt werden. Wird sie abgelehnt, gibt es sie nicht. Dagegen muss sich Macht sichern. Das tut sie mit der Androhung von Sanktionen, mit Belohnungen oder Bestrafungen, mit Geld oder mit der Androhung physischer Gewalt.

Physische Gewalt

Aber die Drohung mit dem Einsatz physischer Gewalt hat ihre engen Grenzen. Auf Bajonetten sitzt es sich bekanntlich nicht gut. Physische Gewalt ist nur eine Sanktion, nicht die Macht selbst. Der Machtunterworfenen muss eigentlich frei entscheiden können und nur den Willen haben, im Sinne der Vorgaben des Machthabers zu entscheiden. Ein solches Entscheiden wird in genau dem Maße unmöglich, in dem physische Gewalt tatsächlich eingesetzt wird. Einem Kapitän, der meuternde Matrosen erschießen lässt, stehen diese Matrosen nicht mehr zur Verfügung. Insofern hebt der Einsatz physischer Gewalt Macht auf. Macht ist also einerseits auf die Drohung mit dem Einsatz physischer Gewalt angewiesen, andererseits ebenso darauf, dass physische Gewalt grundsätzlich nicht eingesetzt wird. Das ist natürlich ein Problem. Seine Lösung liegt in der Symbolisierung des Einsatzes physischer Gewalt durch Polizei und Militär. Auch wenn Polizei und Militär aktuell nichts tun, sie zeigen, dass die Politik körperliche Gewalt einsetzen könnte und dazu bereit ist.

Wahlen

Demokratische Wahlen zivilisieren die Machtkämpfe. Soziologisch gesehen sind sie ein Wunder. Für die Politiker und die

meisten Bürger liegt der Sinn von Wahlen darin, sie zu gewinnen. Für den außenstehenden Beobachter hat aber genau das keinen Sinn. Von außen gesehen bringen Wahlen in der Regel einen Wechsel des politischen Personals mit sich, aber nicht einen Wechsel der Politik. Wenn Wahlen die Politik kaum ändern, kann ihr Sinn nur sein, das politische Personal ganz oder teilweise auszutauschen und es dadurch zu verunsichern. Verunsicherung diszipliniert. Mit politischen Wahlen werden nicht etwa Aufträge erteilt oder politische Programme abgesegnet oder öffentliche Stimmungen sanktioniert. All das kann der außenstehende Beobachter vernünftigerweise nicht sagen, weil die Motive, aus denen die Leute bei der Wahl ihr Kreuz hierhin oder dorthin malen, nicht feststellbar sind. Das Wahlgeheimnis blendet sie von Verfassung wegen bewusst aus.

Gleichwohl lassen sich Wahlen nicht einfach durch einen Losentscheid ersetzen. Zwar würden auch Zufälle das politische Personal verunsichern, und ein Losverfahren wäre erheblich billiger, aber die Entscheidung über die Besetzung der Politiker-Stellen muss interpretierbar sein und in die Erzählungen, die öffentlich umlaufen, eingeflochten werden können. Die Intellektuellen und die Massenmedien müssen aus den Wahlergebnissen Geschichten machen können, sei es, dass sie sie mit früheren Wahlen, sei es, dass sie sie mit bestimmten Parteiprogrammen verbinden. Kurz, Wahlergebnisse müssen durch Interpretationen vernünftig gemacht werden können. Das geht aber nicht, wenn sie offen als Zufälle deklariert werden. Werden sie dagegen als vernünftige Entscheidungen mündiger Bürger ausgelegt, können sie sogar unmittelbar politische Macht symbolisieren. Da niemand weiß, aus welchen Gründen sich viele Wähler so und viele anders entschieden haben, sind die Interpretationen nie zu widerlegen, sofern sie

nicht die jedermann sichtbaren Zahlenverhältnisse umkehren.

Wahlwerbung

Diese Verunsicherungsfunktion politischer Wahlen setzt voraus, dass möglichst viele Leute zur Wahl gehen. Hohe Wahlbeteiligung symbolisiert Massenloyalitäten und Systemtreue. Die Politik muss also die Wähler mobilisieren. Deshalb glaubt sie, sie müsse möglichst viele Interessen bedienen. Bei vernünftiger Überlegung kann die Wahlbeteiligung aber nicht davon abhängen, ob sich der Einzelne von der Wahl einen Vorteil für sich verspricht oder nicht. Angesichts des allgemeinen Wahlrechtes sind die Chancen jedes Einzelnen, bei einer Wahl etwas für sich durchsetzen zu können, so gering, dass sie nicht einmal den Aufwand des ersten Schrittes zum Wahllokal lohnen.

Aus der Sicht der Politik sieht das freilich anders aus. Politiker wollen gewählt werden. Also dürfen sie die Leute nicht darüber aufklären, dass eine Wahl nicht lohnt. Vielmehr müssen sie öffentlich begründen, warum sie gewählt werden sollten, dass sie dieses oder jenes tun würden und dass die Wähler ihnen vertrauen könnten. Um das möglichst vielen Bürgern mit den unterschiedlichsten Interessen sagen zu können, müssen sie die Politik für allzuständig erklären. Damit verfangen sich die Politiker notwendig in der Populismus-Falle. Wenn die Politik für alles zuständig ist, kann der Bürger sie für alles verantwortlich machen. Die Politik kann jedoch weder alles machen, noch ist sie für alles verantwortlich. Aus systemstrukturellen Gründen müssen die Politiker das Gegenteil behaupten. Also setzen sie sich dem Vorwurf des Populismus aus. Das ist freilich ein Populismus, den das demokratische System selbst erzwingt. Er folgt aus dem Widerspruch zwischen der Notwendigkeit, die Politik für alles zu öffnen, und der Tatsache, dass die Politik nicht alles kann und darf. Um

diese Schranken festzustellen, braucht man nur den rechtlichen Grenzen der Politik nachzufahren, etwa den Grundrechten. Die Grundrechte entziehen ganze Lebensbereiche dem Zugriff der Politik: Religion, Wirtschaft, Wissenschaft, Familie. Deshalb können alle Politiken, die diesen Bereichen gewidmet sind, praktisch nichts bewegen.

Darstellung und Protest

Dass die Grundrechte ganze Lebensbereiche der Politik entziehen, zeigt besonders deutlich, dass die Hauptaufgabe der Politiker in der Darstellung besteht. Darstellen müssen sie vor allem sich selbst, aber auch ihre Partei und die Politik, die sie vertreten. Alles muss populär, glaubwürdig, zuverlässig, entschieden und moralisch wirken. Ob es so ist, darauf kommt es nicht an. Die Wahrheit muss mit dargestellt werden, obwohl sie eigentlich nicht gesagt werden darf. Die Politiker werben um Vertrauen, und die Wähler sollen Vertrauen schenken. Beides wird nicht erreicht, wenn man Erkenntnisgrenzen thematisiert. Die Kritik darf alles sagen, nur nicht, dass nichts geändert werden kann. Natürlich sieht man, dass die Politik überfordert wird und sich selbst überfordert, dass die politischen Wahlen die Überforderung erzwingen, weil sie einen Überschuss an Aufmerksamkeit verlangen, und dass sich die Politiker mit leichtfertigen und falschen Darstellungen wieder aus den Verstrickungen lösen müssen, in die sie sich mit Wahl- und anderen Versprechen begeben haben. Man sieht aber nicht, dass das alles zu ein und demselben System gehört, dass man eine durch freie Wahlen relativ verselbstständigte Politik nicht ohne Überforderung, also auch nicht ohne Intransparenz und Widersprüchlichkeit haben kann. Versuche, das Problem ohne freie Wahlen zu lösen, sind bekanntlich im vergangenen Jahrhundert mit haarsträubenden Folgen gescheitert. Es wäre allerdings ein grobes Missver-

ständnis anzunehmen, Politik finde nur auf der Ebene der Darstellung, des Scheines statt. Einen Schein ohne Sein gibt es in der sozialen Realität nicht. Beides muss sich nicht unbedingt entsprechen, aber eine Verweisung muss es geben. Sonst wäre der Schein nicht einmal Schein. Das Sein der Politik ist die Herstellung kollektiv bindender Entscheidungen in einer hochkomplexen Welt verschiedenartiger Menschen. Gesetze sind nicht nur Schein. Wir müssen damit rechnen, dass sich andere darauf berufen.

Im Ergebnis kann sich die Politik nur mit Inkonsequenzen, falschen Behauptungen und Widersprüchlichkeiten aus ihrer permanenten Überforderung herauswühlen. Diese Einsicht ist schwer zu ertragen. Aber das System hält sie aus, weil man es nicht aufgeben oder ändern kann. Es gibt zu ihm keine Alternativen. Die besten empirischen Belege sind die vielen Protestbewegungen, mit denen es die Bundesrepublik seit den sechziger Jahren bis heute zu tun hat. Die Kritik dieser Bewegungen ist durchaus verletzend und gefährlich. Sie berührt den zentralen Nerv der modernen Gesellschaft, die Erfüllung gesamtgesellschaftlicher Funktionen. Nur sind die Protestbewegungen schon gescheitert, bevor sie noch richtig begonnen haben. Kein Protestierer wagt zu behaupten, ein König oder ein Diktator sei besser als Parlamente oder Gerichte. Wer aber zum Beispiel nicht bestreitet, dass Gerichte Recht sprechen müssen, hat sich bereits auf die Fundamente der Gesellschaft eingelassen, wird sich über kurz oder lang in der Wechselbezüglichkeit von Gerechtigkeit und Rechtssicherheit verheddern und muss dann traurig mit ansehen, wie sich die Gesellschaft ohne ihn verändert.

Wenn es richtig ist, dass die Politik systembedingt von Anfang an unter Überforderungen leidet, aus denen sie sich nicht ohne Widersprüche befreien kann, dann kann das Problem des Populismus

nicht darin bestehen, dass er den öffentlichen Diskurs stört, der auf das Schöne, Wahre und Gute zielt. Wir müssen an der Voraussetzung festhalten, dass Politik strukturell überfordert ist. Dann ist Populismus etwas Falsches im Falschen, und dem kann man kaum beikommen. Zum Beispiel lässt das demokratische System Wahlversprechen nicht nur zu, es verlangt sie. Unbezahlbare Wahlversprechen kann man zwar populistisch nennen, aber eigentlich kommt es nur darauf an, ob Wahlversprechen gehalten werden oder nicht. Darauf spekuliert auch die Behauptung der Unbezahlbarkeit. Gesamtgesellschaftlich gesehen sind eingehaltene Wahlversprechen auch keineswegs erfreulicher. Die Kluft zwischen Sachentscheidung und Vertrauenswerbung tut sich in jedem Fall auf.

Diese Kluft kann man nicht mit Moral schließen. Selbstverständlich stellt die Überforderung besondere rollenspezifische moralische Anforderungen an die Politiker. Wenn sie ihnen nicht genügen, müssen sie um ihre Karrieren bangen. Aber selbst wenn sie den Anforderungen genügen, sind die Probleme nicht gelöst. Das individuell-moralische ohnehin nicht. Vertrauenswerbung schließt die Möglichkeit ein, den politischen Gegner zu diskreditieren, mag er sich auch anständig verhalten haben. Vor allem löst Moral die Probleme des politischen Systems nicht. Wir benötigen kollektiv bindende Entscheidungen und ihre Rück-

koppelung an das Volk. Deshalb müssen wir es hinnehmen, dass die Politiker, objektiv gesehen, übertreiben, heucheln, lügen oder sich sonstwie an der Wirklichkeit vorbeimogeln. Und im Unrecht gibt es kein Recht, im Falschen nichts Richtiges.

Man wird Populismus daher auf das politische System insgesamt beziehen und als spezifische Politikerwaffe in der politischen Auseinandersetzung bewerten müssen. Das Wort spiegelt die Tatsache wider, dass die üblichen bürgerlichen Regeln über den Wahrheitsgebrauch aus gesellschaftsstrukturellen Gründen für die Politik nicht uneingeschränkt gelten können. Die Überforderung der Politik einschließlich ihrer Fernwirkungen schließt die Geltung aus. Andererseits muss es auch in der Politik Fairness-Regeln geben, die den bürgerlichen Regeln ähneln. Es muss möglich sein, gegenüber Appellen an das Volk Sachgrenzen in den Vordergrund zu schieben und Masken hinter Masken sichtbar zu machen. In diesem Sinne ist der Populismus-Vorwurf eine Kritik am Falschen im Falschen, also an etwas, das man nicht mehr festlegen kann, eine weiche Kritik ohne Sanktionen, die nicht stört und doch zu sagen erlaubt, was gesagt werden muss. Deshalb müssen wir uns mit einer Definition begnügen, der man auch Populismus vorwerfen kann: Populismus ist eine politische Kommunikation, die auf Kosten der sachlichen Notwendigkeiten um Zustimmung der Bürger wirbt.

Mangelndes Verständnis

„Stereotype Vorurteile und Beschimpfungen zeugen von der eigenen Unsicherheit, unserer mangelnden Fähigkeit, Verständnis für andere aufzubringen. Gemeinsames Merkmal davon ist eine ideologisch geprägte überzogene Verallgemeinerung verschiedener aktueller Spannungen. Jedes Volk, ob klein oder groß, kann mit einigen spöttischen Gemeinplätzen erledigt werden. Die jüngste transatlantische Empfindlichkeit erinnert an Ehepartner, die auf einen gereizten Wortwechsel hin ihre Gemeinschaft rückwirkend für Jahrzehnte aufkündigen.“

György Konrad am 27. Februar 2003 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*